

## FRANKREICH

# Eine neue, VI. Republik

**R**evolten in 300 Städten, unter Beteiligung von zahlreichen, in ihrer großen Mehrheit der Polizei unbekannt Jugendlichen. Mobilisierung vieler Eltern, Sozialarbeiter, Lehrer, lokaler Vereinigungen, gewählter Abgeordneter und Aktivisten linker Organisationen, um Schlimmeres zu verhüten und den Dialog herzustellen... Es geht nicht um ein medial aufgebauchtes Randphänomen.

Die betroffenen Stadtviertel haben vieles gemeinsam: Sie gehören zu den »banlieues«, wo im Durchschnitt die Arbeitslosigkeit meist zwischen 30 und 40% liegt, wo ein großer Teil der Jugend einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt ist: massive soziale Existenzunsicherheit und Ausschluss aus der Gesellschaft auf Grund ihrer Herkunft aus Einwandererfamilien, die nicht aus dem christlichen Europa kommen. Ständige Provokationen, Kontrollen, Demütigungen im täglichen Leben, von den Äußerungen des Innenministers, der Nummer 2 der Regierung, haben den Boden für Revolten vorbereitet. Ange-

griffen werden Gegenstände, von deren Besitz oder Nutzung sie ausgeschlossen sind: Autos, staatliche und öffentliche Einrichtungen, in den Stadtvierteln angesiedelte Betriebe – die meist Förderungen für diese Standorte bekommen, ohne aber die im Umkreis lebende Jugend zu beschäftigen.

Wenn auch im allgemeinen Rassismus (von oben) angeheizt wird, so überwiegt in den betroffenen Vierteln doch weitgehend das Verständnis für die Probleme der Jugend. Es gibt massiven Widerstand dagegen, in die allgemeine Stigmatisierung einzustimmen. Viele Eltern sagen: »Unsere Kinder haben jahrelang zugesehen, welche Opfer wir brachten, um ihnen die Integration zu ermöglichen, und jetzt stellen sie fest, dass das nicht gelungen ist und auch wir Eltern einfach nicht mehr durchkommen. Es gibt keinerlei Perspektiven. Das können sie nicht mehr aushalten.«

70% der Jugendlichen mit Schulabschluss aus dieser Bevölkerungsgruppe wissen von Diskriminierung bei der Arbeits-

platzsuche zu berichten. In diesen Tagen muss sich jetzt zum ersten Mal der Unternehmerverband öffentlich der Diskussion stellen. Andere stellen fest dass Jugendliche nach Jahren der Selbsterstörung durch Drogenkonsum jetzt ein aktiveres Verhalten zeigen. Wenn auch die große Mehrheit auf Herstellung von Ruhe und Ordnung drängt – und die Gefahr, die der Ausnahmezustand für die Demokratie bedeutet, wird auch von links unterschätzt –, so ist das nicht gleichzusetzen mit einer massiven Verurteilung der Jugend.

Die Diskussion hat sich rasch politisiert. Man weiß, wenn nichts Entscheidendes unternommen wird, stehen die nächsten Explosionen bevor. Immer mehr lautet die Frage nicht: »Welche besonderen Maßnahmen müssen für die »banlieues« ergriffen werden?«, sondern: »Welche Zukunft hat diese Republik, was heißt – oder sollte heute heißen – »liberté, égalité, fraternité«? Die französische Gesellschaft wird mit ihrer wenig aufgearbeiteten Kolonialgeschichte konfrontiert, mit einer Jugend, die ihre von der Republik ausgestellten Personalausweise vorzeigt und einen Platz für sich in dieser Republik fordert.

Die Revolte der Jugend aus den »banlieues« stützt nicht die Forderung nach mehr Rechten für ihre »communauté« – auch wenn Sarkozy die religiösen Orientierungen in den Gemeinden bemüht, um die Gesellschaft zu spalten –, sondern sie stellt die Frage nach der Zukunft der französischen Gesellschaft, nach der Politik.

Die Organisationen der Linken

sind werden verstärkt mit unbewältigten Fragen konfrontiert. Welcher neuen Politik bedarf es, um wirklich die Verhältnisse zu verändern, nachdem auch die Regierung der »gauche plurielle« keine sehr viel andere Politik verfolgt hat als ihre Vorgänger? Welche breit angelegten Initiativen gegen Diskriminierung können ergriffen werden? Auch im linken Spektrum wird deren Bedeutung oft unterschätzt.

Welche Neugestaltung braucht die Demokratie, die Republik? Es hat eine Debatte um eine neue, eine VI. Republik begonnen. Dabei spielen die Erfahrungen der letzten Monate eine große Rolle: Bei der Volksabstimmung über die EU-Verfassung gab es eine Mehrheit von 55%, bei den Regional- und Europawahlen wurde die Regierung delegitimiert, es finden massive Demonstrationen, Streiks und soziale Kämpfe statt –, aber die Politik ändert sich nicht.

Die Krise der neoliberalen Hegemonie konfrontiert die französische Gesellschaft mit einer äußerst brisanten Situation. Das Risiko nach rechts abzugleiten, in populistische, autoritäre politische Antworten, ist groß. Andererseits gibt es ein großes Potenzial für gesellschaftliche Veränderung. Neue politische Inhalte und neue Wege der politischen Veränderung müssen dringend erarbeitet – auf breiter Basis, unter Einbeziehung der Jugend.

**ELISABETH GAUTHIER**  
(Aus: SoZ Nr. 12, Dezember 2005)

Die Autorin ist Mitglied des Vorstands der PCF und aktiv im Netzwerk Transform.

## SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97  
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

### Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**  
 **Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein  
(keine automatische Verlängerung)

Name  Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

## Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerstands zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation aller, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ